



Pressemitteilung

Berliner Kliniken und Beratungsstellen schlagen Alarm: Schwangeren Migrantinnen fehlen Entbindungsplätze

Berlin-Brandenburg / Politik / Gesundheit, 14. August 2012

Schwangere Migrantinnen ohne Krankenversicherung werden in Berlin nicht ausreichend gesundheitlich versorgt. Kaum eine Frau kann die Entbindung aus eigenen Mitteln finanzieren. In einigen Fällen konnte bisher u.a. das Büro für medizinische Flüchtlingshilfe finanzielle Unterstützung anbieten. Aber nun ist auch das Medibüro nicht mehr in der Lage, im erforderlichen Umfang Entbindungsplätze bereit zu stellen. Einerseits hat sich die Zahl der hilfeschwangeren erhöht. Andererseits geraten die Berliner Krankenhäuser unter stärkeren finanziellen Druck. Daher können zurzeit Schwangere nur noch eingeschränkt in Berliner Krankenhäusern vom Medibüro zur Geburt angemeldet werden.

In Berlin leben Frauen, Männer und Familien, die nicht krankenversichert sind und keinen Zugang zur Sozialversicherung haben. Neben Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus gehören dazu auch Migrantinnen und Migranten aus den neuen EU-Ländern. Darunter sind auch viele Roma, die sowohl in den Herkunftsländern als auch hier von Diskriminierung und Antiziganismus betroffen sind. Insbesondere in der Schwangerschaft und bei der Entbindung ergeben sich drastische Probleme.

Das Medibüro setzt sich seit 1996 für den Zugang aller Menschen zur Gesundheitsversorgung unabhängig vom Aufenthaltsstatus ein. Bürger/innen aus Rumänien und Bulgarien haben heute in der Regel keine aufenthaltsrechtlichen Probleme. Sie haben jedoch keinen regulären Zugang zum Arbeitsmarkt, und die gesundheitliche Betreuung ist problematisch. Oft sind die Menschen weder hier noch in den Herkunftsländern krankenversichert und verfügen über keine ausreichenden finanziellen Mittel. Die Zugangsmöglichkeiten zur Krankenversicherung oder zu Sozialleistungen sind schwierig, viele sozialrechtliche Fragen sind strittig. Das Medibüro vermittelt Migrant/innen ohne Krankenversicherung an Arztpraxen und Krankenhäuser. Die Kosten für Medikamente oder stationäre Behandlungen werden teilweise durch Spendengelder gedeckt. Dabei ist das Medibüro darauf angewiesen, dass engagierte Ärztinnen und Ärzte sowie Krankenhäuser bereit sind, Behandlungen kostenlos oder zu reduzierten Kosten zu ermöglichen. Beides ist begrenzt.

Im Notfall darf zwar kein Krankenhaus eine Schwangere mit Wehen abweisen. Trotzdem führt diese Situation zu untragbaren medizinischen und sozialen Problemen. Ohne eine reguläre Anmeldung zur Geburt können medizinische Risiken nicht bedacht und geklärt werden. Bei Zwillingen, Komplikationen bei vorangegangenen Entbindungen, Blutungsrisiken, regelwidrigen Kindslagen oder falschem Plazentasitz oder auch nur bei Allergien können lebensgefährliche Situationen für Mutter und Kind entstehen. Kosten für derartige Notfallbehandlungen bekommen die Krankenhäuser in den meisten Fällen nicht erstattet.

Die aktuelle Situation ist alarmierend. Das Medibüro benötigt dringend weitere kooperationswillige Krankenhäuser, die bereit sind, nach Absprache und im Bedarfsfall Entbindungen von Migrantinnen ohne Krankenversicherung zu reduzierten Preisen zu ermöglichen. Selbstverständlich ist das keine langfristige Lösung: Die Einlösung des Rechts auf Gesundheitsversorgung kann und darf nicht Aufgabe und Verantwortung zivilgesellschaftlicher Initiativen sein. Die Problematik zeigt erneut: Parallelstrukturen können keine gesundheitliche Versorgung gewährleisten. Politisch geht es darum, endlich den regulären Zugang zu Gesundheitsversorgung für alle zu ermöglichen und soziale Rechte durchzusetzen.

Die Pressemitteilung des Medibüros wird unterstützt von:

Zentrum für sexuelle Gesundheit und Familienplanung Charlottenburg-Wilmersdorf

Prof. Dr. med. Klaus Vetter, Chefarzt der Klinik für Geburtsmedizin, Vivantes Klinikum Neukölln

Dr. med. Michael Abou-Dakn, Chefarzt der Gynäkologisch-Geburtshilflichen Abteilung, St. Joseph-Krankenhaus Berlin

Tobias Dreißigacker, Kaufmännischer Direktor, St. Joseph-Krankenhaus Berlin

Für Rückfragen und weitere Informationen:

Dr. med. Jessica Groß, Büro für medizinische Flüchtlingshilfe, 0172 1870243

Dr. med. Burkhard Bartholome, Büro für medizinische Flüchtlingshilfe, 0178 2911693